

A Angaben des Antragstellers

1. Vorhaben

Kurze Erläuterung des geplanten Vorhabens

Geplanter Beginn	Monat	Jahr
Geplanter Abschluss	Monat	Jahr

2. Investitionsstandort

Der Investitionsstandort liegt in Bayern

ja nein

Investitionsstandort ist am Unternehmenssitz

ja nein

Falls nein, Adresse des Investitionsstandorts:

Ortsteil, Str., Hs.-Nr
PLZ, Ort

3. Besondere Anforderung an die Einsparung von Wasser und/oder Energie

Die Investition erfüllt folgende Anforderungen aus dem Ressourcenschutz

- Es handelt sich um eine Erst- oder Erweiterungsinvestition - aktueller Stand der Technik wird eingehalten.
- Es handelt sich um eine Rationalisierungsinvestition.
 - Einsparung von Wasser im Vergleich zum IST um mindestens 10 %
 - Einsparung von Energie im Vergleich zum IST um mindestens 10 %

4. Rechtsform des Unternehmens

- Einzelunternehmen
 Juristische Person (z. B. GmbH, e. G., Stiftung)

Rechtsform: _____

- Personengesellschaft (z. B. GbR, KG, GmbH & Co. KG)

Rechtsform: _____

Namen der Gesellschafter und Gesellschaftsanteile in %

(wenn bei einer GmbH & Co KG einer der Gesellschafter der Komplementär-GmbH die Prokura hat, dann ist auch der Registerauszug für die Komplementär-GmbH mit dem Antrag einzureichen)

	Name	Anteil in %	Zeichnungsbefugnis/ Prokura	
			ja	nein
1				
2				
3				
4				

5. Angaben zum Unternehmen

Die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand am Eigenkapital meines Unternehmens beträgt weniger als 25 %.

- ja nein

Die Tätigkeit meines verarbeitenden und vermarktenden Unternehmens bezieht sich gleichzeitig auf die Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Primärproduktion / Urproduktion).

- ja nein

Mein Unternehmen befindet sich in Schwierigkeiten gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten (vgl. Merkblatt Nr. 1).

- ja nein

Für mein Unternehmen liegt eine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich nicht nachgekommen bin (vgl. Merkblatt Nr. 1).

- ja nein

Mein Unternehmen verarbeitet und vermarktet ausschließlich **ökologische Produkte**.

- ja nein

Bei meinem Unternehmen handelt es sich um eine **Metzgerei**.

- ja nein

(Falls ja, unbedingt das „Ergänzende Merkblatt zur Förderung von Metzgern im Rahmen der Marktstrukturförderung (MSF)“ beachten!)

Mein Unternehmen ist Mitglied in

- einer nach dem Agrarmarktstrukturrecht anerkannten Erzeugerorganisation für Obst und Gemüse.
 (Anlagen „Erklärung zur Mitgliedschaft in einer EO“ und „Erklärung der EO“ erforderlich)

Nur von Unternehmen des Sektors **Obst und Gemüse** auszufüllen:

Mein Unternehmen verarbeitet überwiegend Erntegut aus dem Streuobstanbau.

- ja nein

6. Wirtschaftliches Gutachten

Das dem Antrag beigefügte wirtschaftliche Gutachten entspricht meinen Angaben und wurde mir vom Ersteller eingehend erläutert.

Ich bin mit den Kalkulationen, vor allem den wesentlichen Kennzahlen der Rentabilität, Stabilität und Liquidität (Gewinn, Eigenkapitalbildung, Kapitaldienst, Kapitaldienstgrenze) einverstanden.

Die Angaben entsprechen meinen betrieblichen Gegebenheiten/Erwartungen. Das beantragte Vorhaben ist wirtschaftlich, zweckmäßig und finanzierbar.

Ich verpflichte mich, eine eventuelle Differenz zwischen der beantragten Zuwendung und der von der EU und dem Mitgliedstaat gewährten Zuwendung durch zusätzliche Eigenbeteiligung zu decken.

7. Betriebsaufspaltung

Ich bin

Investor **und** Betreiber des Vorhabens (*weiter mit Nr. 8*)

nur Investor des Vorhabens

Name und Anschrift des Betreibers:

Name des Betreibers
Ortsteil, Str., Hs.-Nr
PLZ, Ort

Zwischen Betreiber und Investor besteht eine über die bloße Verpachtung hinausgehende personelle und wirtschaftliche Verflechtung

(Personenidentität von mehr als 50% - Gesellschaftsvertrag erforderlich)

ja nein

Zwischen Betreiber und Investor besteht eine vertragliche Verpflichtung über die zweckbestimmte Nutzung der geförderten Wirtschaftsgüter zumindest für die Dauer der Zweckbindung.

ja nein

Erklärung gesamtschuldnerische Haftung

Der antragstellende Investor und der Betreiber der Investition erklären, für den Fall einer Rückforderung der Zuwendung gesamtschuldnerisch zu haften.

Ort, Datum, Firmenstempel	Unterschrift Investor
	Name in Druckbuchstaben
Ort, Datum, Firmenstempel	Unterschrift Betreiber
	Name in Druckbuchstaben

8. Input/Output der Investition				
Mit der Investition werden folgende Anhang-I-Produkte verarbeitet oder vermarktet:				
Investitions-gegenstand	Input –		Output -	
	Rohstoff/-ware	TARIC-Code	Warenbezeichnung	TARIC-Code

9. Investition				
<input type="checkbox"/> Die Investitionen dienen nicht der Anpassung an bestehende rechtsverbindliche Standards.				
	Investitionsobjekt	Voraussichtliche Gesamtausgaben (netto) in EUR	Davon voraussichtliche zuwendungsfähige Ausgaben (netto) in EUR	Korrigierte zuwendungsfähige Ausgaben (netto) in EUR
	A	B	C	D
1				
2				
3				
4				
5	Summe der Investitionen			
6	Allgemeine Ausgaben (max. 12 % von Feld C5)			
7	Zuwendungsfähige Ausgaben gesamt			
8	Nicht zuwendungsfähige Ausgaben (z.B. Grunderwerb)			
9	Gesamtausgaben (Summe Zeile 5 +6 +8)			

10. Finanzierung				
<input type="checkbox"/> Außer den im Finanzierungsplan aufgeführten Zuwendungen wurden für das Vorhaben keine weiteren öffentlichen Fördermittel beantragt und werden auch keine beantragt.				
10.1. Beantragter Fördersatz				
	Produktions- richtung	Verarbeitung von		
		Anhang-I zu Anhang-I Produkten	Anhang-I zu Nicht-Anhang- I Produkten	
Kleinst- und Kleinunternehmen	ökologisch	<input type="checkbox"/> 25 %	<input type="checkbox"/> 20 %	
	konventionell	<input type="checkbox"/> 20 %		
Mittlere Unternehmen	ökologisch	<input type="checkbox"/> 25 %	<input type="checkbox"/> 10 %	
	konventionell	<input type="checkbox"/> 20 %		
Mittelgroße Unternehmen	ökologisch	<input type="checkbox"/> 20 %	Nicht förderfähig	
	konventionell	<input type="checkbox"/> 20 %		
10.2. beantragter Zuschuss			EUR	
Beantragter Zuschuss <i>(Nr. 9/Feld C7 x beantragter Fördersatz aus Nr. 10.1 – max. 1.500.000 €)</i>				
10.3. Eigene Finanzierungsmittel				
Bargeld, Guthaben <i>(ab 50.000 EUR Bestätigung erforderlich)</i>				
Kapitalmarktdarlehen <i>(ab 50.000 EUR Kreditbereitschaftserklärung erforderlich)</i>				
Versicherungsleistungen: Brand, Inventar, andere				
Andere Finanzierungsmittel (z.B. Mittel von Dritten): _____				
Sonstiges (z.B. Verkaufserlöse mit Projektbezug): _____				
10.4. Summe Finanzierungsmittel <i>(Summe aus Nr. 10.2 und 10.3; muss identisch mit Nr. 9/Feld B9 sein)</i>				

11. Vertragliche Bindung des Rohstoffbezugs

Ich verpflichte mich, für 5 laufende Kalenderjahre mindestens 40 % der Aufnahmekapazität an den Erzeugnissen, für die ich gefördert werde, durch Lieferverträge mit anerkannten Erzeugerzusammenschlüssen oder einzelnen Erzeugern auszulasten.

Für Metzgereien, die Fleisch und Fleischwaren aus dem Handel zukaufen gilt folgendes:

Ich verpflichte mich, das bezogene Fleisch und die bezogenen Fleischwaren in Schlachtkörperäquivalente oder die Schlachtkörper der bezogenen Tiere in knochenfreies Fleisch umzurechnen (vgl. „Ergänzendes Merkblatt zur Förderung von Metzgern im Rahmen der Marktstrukturförderung (MSF)“), um daraus den vertraglich gebundenen Anteil berechnen zu können.

Das Eingehen dieser Verpflichtung ist nicht erforderlich bei Investitionen in Vermarktungseinrichtungen für Blumen, Zierpflanzen und lebenden Tieren sowie bei Investitionen von Unternehmen, die überwiegend Erntegut aus dem Streuobstanbau verarbeiten.

B Erklärungen

Mir ist bekannt, dass

- ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung nicht besteht.
- mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn
 - die Zuwendung durch **unrichtige** oder **unvollständige Angaben** erwirkt wird,
 - nicht förderfähige Ausgaben geltend gemacht werden,
 - Mittel zweckwidrig verwendet werden,
 - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Zuwendung verstoßen wird,
 - ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
- der Subventionsbetrug gemäß § 264 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar ist und wegen Subventionsbetrug u. a. bestraft wird, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige, für ihn vorteilhafte Angaben macht oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt,
- subventionserheblich im Sinne von Art. 1 Bayerisches Strafrechtsausführungsgesetz alle Angaben im Förderantrag einschließlich der erforderlichen Anlagen sind mit Ausnahme der Angaben zu E-Mail, Telefon, Mobiltelefon und Fax sowie der Angaben im Anlagenverzeichnis zum Förderantrag,
- die Landwirtschaftsverwaltung verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetrugs begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen,
- die Bewilligungsbehörde, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschließlich seiner nachgeordneten Behörden und der Bayerische Oberste Rechnungshof sowie Prüforgane des Bundes und der Europäischen Union das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

Ich verpflichte mich,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindung aufzubewahren. Längere Aufbewahrungsfristen nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.
- bei nicht genehmigungspflichtigen Anlagen, die Bestandteil des geförderten Vorhabens sind, die fachrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

Datenschutzrechtliche Einwilligung

Ich stimme zu, dass die Landwirtschaftsverwaltung zur Bearbeitung und Kontrolle des Antrages Auskünfte einholen kann:

- bei der Finanzverwaltung über die Einkünfte des Unternehmens sowie bei weiteren Behörden.
- bei der Hausbank wegen evtl. bestehender Verbindlichkeiten, Guthaben, Wertpapieren, Bargeldnachweisen oder Kreditbereitschaftserklärungen.
- bei der Kreisverwaltungsbehörde in Zusammenhang mit der baurechtlichen Genehmigung.

ja nein

Die Zustimmung ist freiwillig. Wird die Zustimmung nicht erteilt, sind die entsprechenden Informationen vom Antragsteller beizubringen. Dadurch kann sich die Bewilligung des Förderantrags verzögern. Eine Bewilligung ohne Vorliegen der erforderlichen Informationen ist nicht möglich.

Von den **Verpflichtungen** und **Hinweisen** in den **Merkblättern** zur Marktstrukturförderung sowie den „**Rechtsvorschriften zum Subventionsgesetz**“ habe ich Kenntnis genommen.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Antrag und in den eingereichten Unterlagen richtig und vollständig sind.

Ort, Datum; Firmenstempel	Unterschrift des/der Antragsteller(s) ¹
	Name in Druckbuchstaben

¹ bei Personengesellschaften und juristischen Personen die mit der Geschäftsführung betraute Person